

## Besprechungen

*Arnold Heertje*: Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre. Übersetzt von Peter Huber. 2 Bde. Berlin — Heidelberg — New York 1970 und 1971. Springer-Verlag. X, 207 S. und IX, 163 S.

In der Reihe der „Heidelberger Taschenbücher“ ist das hier anzuzeigende zweibändige Lehrwerk erschienen, das auf der holländischen Originalausgabe „De kern van de economie“ beruht und dessen wirtschaftskundliche Daten und Anschauungsbeispiele in einigen Abschnitten den deutschen Verhältnissen angepaßt wurden.

Der erste Band umschließt nach einer knappen begrifflichen und methodologischen Einleitung die wichtigsten makroökonomischen Größen, die Bestimmungsgründe des Volkseinkommens, die Grundlagen der Geldtheorie und Geldpolitik, die Theorie des Konsumentenverhaltens, die mikroökonomische Produktionstheorie, das Marktgleichgewicht unter den Bedingungen der Mengenanpassung und der Preisstrategie, die Preisbildung bei Kapital und Arbeit, eine kurze Konfrontation der *Keynesschen* und der klassischen Theorie, die Entwicklung des Volkseinkommens in ihrer zeitlichen Dimension, die staatliche Aktivität und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Im zweiten Band erörtert Heertje zunächst die deduktive Methode und das Instrumentarium der Modellanalyse, trägt etliche Variationen des *Keynesschen* Modells sowie die Elemente der makroökonomischen Produktions- und der Wachstumstheorie vor und wendet sich sodann nach Ableitung der Nachfrage- und Kostenfunktionen den Hauptproblemen der Konkurrenz-, Monopol- und Oligopoltheorie sowie der Interpretation mikroökonomischer und makroökonomischer Entscheidungsmodelle zu. Jedes Kapitel endet mit einer Anzahl von Fragen und Aufgaben, die der Wiederholung und Vertiefung der einzelnen Sachbereiche dienen sollen. Dem ersten Band wurde außerdem eine Zusammenstellung der verwendeten Begriffsdefinitionen beigegeben.

Alles in allem ist so ein systematisch ausgewogener Leitfadener zur Einführung in die Volkswirtschaftstheorie zustande gekommen, der dank dem didaktischen Geschick des Autors als Studienhilfe und Repetitorium sicherlich von Nutzen ist, um so mehr als der Leser zu selbständigem Denken angehalten wird. Freilich mutet die Diktion zuweilen eigenwillig und ungewohnt an, was wohl mit der Art der sprachlichen Übertragung zu erklären sein dürfte. In dieser wie in anderer Hinsicht scheint der zweite Band besser geglückt zu sein als der erste, der zudem eine Reihe von Corrigenda anzumerken gebietet. Einige Beispiele: Die Bundesrepublik ist dem Vertragswerk von Bretton-Woods nicht 1949, sondern 1952 beigetreten (S. 57). Die Sachverhalte des Diskontierens und des Lombardierens werden nicht deutlich genug unterschieden (S. 72), und als Oberbegriff für den Geld- und den Kapitalmarkt ist im Deut-

schen die Bezeichnung „Kreditmarkt“ üblich (anders S. 132 f.). Daß man nach der Zinstheorie von *Keynes* „bei hohem Zins viel Geld in der inaktiven Kasse zu halten wünscht (der Zinsverlust ist dann gering)“, kann nur eine Verschreibung sein (S. 134; vgl. Bd. II, S. 29). Die Einteilung der Staatseinnahmen (S. 165) widerspricht der allgemein gängigen Gliederung und Terminologie (vgl. auch S. 170, Frage 10). S. 178 wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit der Weltbank verwechselt. Die OEEC entstand erst 1948 (S. 185), und daß bei einer höheren Preissteigerungsrate im Inland als im Ausland „die Einfuhr stark rückläufig würde“ (Bd. II, S. 152), ist gewiß auch nur ein Versehen.

Antonio Montaner, Mainz

*Reiner Porstmann*: Zur Theorie der Nachfrage unter besonderer Berücksichtigung des Konsumentenüberschusses. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 312 S.

Porstmann stellte sich mit seinem Werk die Aufgabe, die Konflikte zwischen formal anspruchsvoller Theorie und dem pragmatischen Vorgehen bei der Lösung konkreter wirtschaftspolitischer Probleme auszuloten. Als Beispiel für den Tatbestand, daß die bisherige „reine“ Theorie keine Beiträge zur Lösung realer Probleme zu leisten vermochte, wählte er die Nachfrage Theorie (Widerspruch zwischen Nachfragetheorie einerseits und Cost-Benefit-Analysis andererseits) und daraus das Theorem von der Konsumentenrente. Der Verfasser, der den letzten Begriff für ebenso farblos wie irreführend hält und das ausführlich begründet (S. 138), spricht stattdessen vom „Konsumentenüberschuß“ als direkter Übersetzung des angelsächsischen *consumer's surplus*.

Die Untersuchung holt sehr weit aus. Die sehr umfangreichen ersten Kapitel „Die Grundlagen der Nachfragetheorie im Lichte des heutigen Erkenntnisstandes“ sowie „Kritik der bisherigen Behandlung des Konsumentenüberschusses“ stellen eine höchst detaillierte Untersuchung und Kritik bestehender Nachfragetheorien und *Consumer's-Surplus-Theorien* im besonderen dar. Ein Nachteil derartiger Analysen könnte darin liegen, daß der Leser wegen der zahlreichen Einwendungen, Rückverweise, Einschränkungen usw. den Überblick leicht verliert. Vielleicht hätte eine straffere Formulierung dem Werk besser getan.

Porstmann gab zum Ende seiner Untersuchung eigene Ansätze zu einer „positiven“ Theorie des Konsumentenüberschusses. Als pointierendes Resultat stellte er fest, „daß die ‚positive‘ Theorie des Konsumentenüberschusses eigentlich eine ‚negative‘ ist“ (S. 203). Das Vorhandensein des Überschusses signalisiere nämlich Unangepaßtheit, Ungleichgewicht und damit ein niedrigeres Bedürfnisbefriedigungsniveau im Vergleich zu Situationen, in denen ein *Consumer's Surplus* nicht vorhanden ist. Da nach Ansicht des Verfassers weder intrapersonal noch interpersonell eine logisch einwandfreie Möglichkeit des adäquaten Übergangs vom Nutzen- zum Preisbereich besteht, wenn die entsprechenden Daten verschiedenen Gleichgewichtssystemen angehören bzw. auf verschiedene Zeitpunkte bezogen sind, sei der Theorie vorerst nur die Wiedergabe von Simultan-Gleichgewichten gestattet.

Längere Exkurse über die „Ergebnisse der allgemeinen wissenschaftstheoretischen Diskussion“, „Zur Nachfrage der Anwendbarkeit des Infinitesimalkalküls in der Nachfragetheorie“ sowie die „Dogmengeschichtliche Entwicklung des Konzeptes Konsumentenüberschuß“ beschließen das Werk.

Michael Tolksdorf, Berlin

*Johann Baptist Müller: Bedürfnis und Gesellschaft. Stuttgart 1971. Ernst Klett. 175 S.*

Das Buch von Müller, das 1970 der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen als Dissertation vorlag, kann für sich als entscheidende Vorzüge eine ungewöhnliche Klarheit des Aufbaus und — falls einem die Vielzahl der englisch- und französischsprachigen Zitate keine Mühe bereitet — die gute Lesbarkeit in Anspruch nehmen.

Müller versucht, vom Bedürfnisbegriff bei den jeweils bedeutsamsten Autoren des 18. und 19. Jahrhunderts ausgehend, die Gesellschaftsentwürfe des Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus zu analysieren. In vier historisch orientierten Teilen, die Bedürfnis in Beziehung setzen zum wirtschaftlich-kulturellen Fortschritt, zur Sozialstruktur, zu gesellschaftsstiftenden Kräften und zur Verteilung des Sozialprodukts werden die unterschiedlichen Beurteilungen von Bedürfnis und Bedürfnissteigerung bei konservativen, liberalen und sozialistischen Autoren prägnant sichtbar. Im Konservatismus zeigt sich die Bedürfnisentgrenzung als Ursache des Verfalls der Kultur und der ständischen Ordnung; Bedürfnisbefriedigung nach ständischen Normen, die sich in der gesellschaftlichen Interaktion als Liebesbeziehung zu erweisen habe, wird gewünscht. Im Liberalismus ist die Bedürfnisentgrenzung Quelle des Fortschritts, führt zur bürgerlichen Tauschgesellschaft auf der Grundlage entemotionalisierter Bedürfnisbeziehung, in der die Verteilung des Sozialprodukts entsprechend der Leistung — nicht jedoch bei den abhängig Arbeitenden (!) — zu erfolgen habe. Auch der Sozialismus sieht in der Bedürfnisentgrenzung eine Ursache des Fortschritts, die zur egalitären Gesellschaftsordnung — als Liebesbeziehung zwischen Gleichen — führe und — spezifisch im Kommunismus — das Sozialprodukt nach den individuellen Bedürfnissen verteile. Im fünften Teil des Buches wird die Übereinstimmung der Auffassungen moderner, konservativer, liberaler und sozialistischer Autoren mit diesen Gesellschaftsbildern überprüft, während sich Müller im Nachwort um eine Würdigung der drei Ansätze bemüht.

Es erweist sich als sehr fruchtbar, konservative, liberale und sozialistische Gesellschaftsbegriffe unter dem Aspekt des Bedürfnisses zu sehen, doch hätte deutlicher werden sollen, daß dies nur *ein* Aspekt unter einer Vielzahl möglicher Blickwinkel ist. Die zunächst wertfreie Darstellung der drei Ansätze führt zu gut strukturierten Bildern, wird aber leider nicht ganz konsequent durchgehalten (z. B. S. 63: „... wird deutlich, wie sehr der romantische Konservatismus einer ökonomisch überholten Gesellschaftsordnung verhaftet ist“, oder S. 92: „in wenig liberaler Weise erklärt er ...“). Bei der Darstellung moderner Tendenzen fragt man sich, ob nicht die Analyse politischer Programme — wie beim Sozialismus ansatzweise versucht — konservativer oder liberaler

politischer Bewegungen von größerem Interesse gewesen wäre als die Darstellung der Auffassung neuerer Autoren. Das Grundsatzprogramm moderner westeuropäischer konservativer Parteien dürfte von größerer Relevanz sein als die Auffassungen eines umstrittenen Autors wie *Arnold Gehlen*. Bei der abschließenden Würdigung vermißt man die Berücksichtigung solider empirischer Forschung. Weder wird die Frage, inwieweit die Werbung tatsächlich Konsumzwang ausübt, auf empirischer Grundlage behandelt, noch werden die vielfältigen Untersuchungen moderner Motivationspsychologen zur Bildung sekundärer Bedürfnisse berücksichtigt.

Diese Detailkritik soll die grundsätzliche Wertung nicht beeinträchtigen: Es erscheint verdienstvoll und anregend, Gesellschaftsentwürfe unter dem Aspekt des Bedürfnisses analysiert zu haben.

Lutz von Rosenstiel, Augsburg

*Dieter Dahl*: Konjunktur und Wachstum. Wiesbaden 1970. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler. 87 S.

Diese einführende Schrift bringt nach einem äußerst knappen Abriss der wichtigsten konjunkturtheoretischen Ansätze eine mit Zahlenmaterial und Grafiken angereicherte Darlegung der Grundkonzeption des *Keynesschen* Systems bis zur Einführung des Akzelerators. Ein kurzes Kapitel zur „Beschäftigung“ bringt Definitionen einiger wichtiger Begriffe wie deflatorische und inflatorische Lücke, Arbeitsproduktivität, Wage-Drift und stellt sie in den Zusammenhang mit der Konjunkturbeschreibung. Das abschließende Kapitel ist einigen Instrumenten der empirischen Konjunkturforschung gewidmet. Wirtschaftspolitische Probleme werden nur beiläufig behandelt und ohne Hinweis auf wirtschaftspolitische Institutionen und die geld- und finanzpolitischen Instrumente der BRD. Mit Ausnahme der aus dem beschäftigungstheoretischen Kontext sich ergebenden Information, daß Netto-Investitionen wachstumswirksam sind, erhält der Leser zu den Fragen des wirtschaftlichen Wachstums nicht die im Titel versprochene Auskunft. Angaben auf weiterführende Literatur fehlen.

Karl Georg Zinn, Aachen

*Anton Tautscher*: Der ökonomische Leviathan oder die wirtschaftliche Übermacht des Staates. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 174 S.

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit dem Problem der Allmacht des Staates im Bereiche der Gesellschaft, insbesondere im Bereiche der Wirtschaft. Tautscher knüpft dabei an die biblische Gestalt des Leviathans an, die bereits von *Hobbes* für die Erscheinung des Staatstotalitarismus verwendet worden ist. Als Leviathan erscheint dabei der Staat, der alles zu verschlingen droht. Tautschers Anliegen ist dabei „die Sorge um den Bestand der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und der noch freien privaten Wirtschaft“ (S. 123). Im wesentlichen handelt es sich bei dieser Abhandlung um eine auf österreichische Verhältnisse bezogene Anwendung des *Wagnerschen* Gesetzes der wachsenden Staatstätigkeit, allerdings unter bestimmten politischen Aspekten.



Die österreichischen Verhältnisse betrachtet Tautscher dabei als symptomatisch für die Entwicklung auch in anderen Staaten in der modernen Zeit.

Tautscher legt zunächst dar, wie die öffentlichen Aufgaben infolge der zunehmenden Staatsinterventionen in den letzten Jahrzehnten fortlaufend wachsen. Er setzt sich insbesondere mit den Ursachen der zunehmenden Staatsinterventionen auseinander, wobei er interessante Einzelheiten aufführt. Er versucht dabei aufzuzeigen, daß die durch die wachsende Staatstätigkeit vergrößerte Verwaltung noch durch die Auswirkung des Parkinsonschen Gesetzes weiter aufgebläht wird — ein Hinweis, der sich auch bei anderen Finanzwissenschaftlern, z. B. *Schmölders*, findet. Weiterhin setzt er sich mit den durch die wachsenden Staatsaufgaben zwangsläufig erfolgenden wachsenden Staatsausgaben auseinander. Tautscher legt dabei dar, daß die Staatsausgaben in Österreich von 1950 bis 1965 auf das Siebenfache, von 9 Mrd. auf 63 Mrd. Ö. S., angestiegen sind (S. 100). Parallel zur Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben sieht Tautscher eine Vergrößerung des Staatssektors in der Zunahme des Anteils der öffentlichen Unternehmungen an der Gesamtwirtschaft. Ihr Anteil am gesamten Umsatz der Industrie betrug nach Tautscher 1960 23,9% (S. 156). Als Gegenstück zu den wachsenden Staatsausgaben beschäftigt sich Tautscher dann mit den wachsenden Staatseinnahmen, wobei er aufzeigt, daß in Österreich 75,3% des gesamten Volkseinkommens auf die Einnahmen öffentlicher Körperschaften einschließlich der Sozialversicherungsträger entfallen. Diese Zahl erscheint allerdings außerordentlich hoch und dürfte nicht für die übrigen Industriestaaten typisch sein. Tautscher sieht dabei die Entwicklung sich zum „allgewaltigen Budget-Staat“ hin vollziehen. Als Ergebnis seiner Untersuchungen sieht Tautscher eine „Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die staatliche Verwaltung“ (S. 169).

Die Darstellung erfolgt unter dem Aspekt eines konsequenten wirtschaftlichen Liberalismus. Dabei ist sie nicht immer frei von einer gewissen Einseitigkeit. Die Frage, die sich für den Leser stellt, ist einmal die, ob die in Österreich erfolgte Entwicklung wirklich symptomatisch ist für die Entwicklung in den Industriestaaten der modernen Zeit. Diese Frage kann nicht ohne weiteres bejaht werden. Weiterhin erhebt sich die Frage, ob Tautschers Schlußfolgerung berechtigt ist, daß die bestehende Wirtschaftsordnung durch die Ausweitung des Staatssektors gefährdet ist. Trotz Anerkennung der angeführten Argumente kann dem Pessimismus, der aus Tautschers Ausführungen klingt, nicht unbedingt zugestimmt werden.

Im einzelnen fällt auf, daß Tautscher die Unterstützungen im Gegensatz zur üblich geltenden Auffassung unter den Begriff der Subventionen subsumiert. Weiterhin ist es fraglich, ob es sinnvoll erscheint, in die auf den Staat bezogene Betrachtung auch die Finanzwirtschaft der Sozialversicherungsträger, der Kammern und der öffentlichen Fonds mit einzubeziehen. Bemerkenswert erscheint die Darstellung, nach der die zunehmende staatliche Investitionstätigkeit eine inflationistische Wirkung auslöst (S. 109 f.), sowie der Hinweis, daß die wachsenden Staatsausgaben zu einer Nivellierung der Einkommen führen müssen.

Die Bedeutung der Arbeit von Tautscher dürfte vornehmlich in dem Aufzeigen und dem Zusammentragen der Symptome liegen, die für eine Auswei-

tung der öffentlichen Aufgaben sprechen, sowie der Ursachen, die zu einer solchen Entwicklung führen. Die Arbeit enthält im reichlichen Maße statistische Zahlen und Tabellen. Ein Verzeichnis der in der Arbeit berücksichtigten Literatur ist leider nicht enthalten. Auch sind die Literaturhinweise im allgemeinen recht dürftig. Die Arbeit ist leicht verständlich geschrieben und gut zu lesen.

Harry Runge, Stuttgart

*Franz F. Wurm: Wirtschaft und Gesellschaft heute — Fakten und Tendenzen.*  
Opladen 1972. C. W. Leske. 208 S.

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über zentrale Aspekte des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart, soweit diese für das Verständnis der Verhältnisse in der BRD bedeutsam sind. Die Strukturen und Probleme der Gegenwart werden aus den Entwicklungen in der Vergangenheit hergeleitet und daher aus ihren Wurzeln heraus verstehbar gemacht. Zukunftsaufgaben, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses von Industrie- zu Entwicklungsländern, werden angedeutet.

Es ist zweifellos sehr schwierig, zu einer so umfassenden Problematik auf begrenztem Raum zu schreiben. An jeder Stelle muß zwangsläufig die Frage auftauchen, wo das rechte Maß zwischen Detailinformation und globalem Überblick zu finden ist. Es gehört außerdem eine große Literaturkenntnis und schließlich ein genaues Wissen um die gesellschaftspolitischen Probleme der Gegenwart dazu.

Man muß dem Verfasser bescheinigen, daß es ihm gelungen ist, eine außerordentlich informative, gut gegliederte und gut lesbare Darstellung zentraler Fragen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens unserer Gesellschaft zu geben. Mich berührt sympathisch das an etlichen Stellen sichtbar werdende Engagement des Verfassers für die bewußte Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und die positive Grundstimmung, die er den vielfältigen Aufgaben der Zukunft entgegenbringt.

Wer daran interessiert ist, in kurzer und verständlicher Form an wichtige Fragen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart herangeführt zu werden, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen. Selbst der sozialwissenschaftliche „Fachmann“ wird an vielen Stellen auf originäre und interessante Gedankengänge stoßen.

Karl Martin Bolte, München

*Hans Wilhelm Hoener: Bestimmungsgründe für die Entwicklung der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland seit der Aufwertung im Jahre 1961 bis 1967.* Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VII, 141 S.

Die Arbeit von Hoener untersucht nicht nur, wie der Titel verspricht, die deutschen Zahlungsbilanzen seit der Aufwertung von 1961, sondern gibt eine Gesamtdarstellung der Zahlungsbilanzentwicklung seit 1950. Das Jahr 1961 erweist sich dabei als Wendepunkt, in welchem der Trend zu steigenden De-

visenüberschüssen zunächst durch die Tendenz zum Zahlungsbilanzausgleich abgelöst wird. Die anfänglichen Überschüsse werden vom Verfasser in erster Linie auf die günstige Waren- und Regionalstruktur des deutschen Exports zurückgeführt sowie auf kosten- und preismäßige Wettbewerbsvorteile. Ab 1961 wurde dieser Wettbewerbsvorsprung durch einen raschen Anstieg der Löhne und durch die Auswirkungen der Aufwertung abgebaut, während die Strukturvorteile in abgeschwächtem Maße erhalten blieben. Der von da an zu beobachtende periodische Wechsel von Zahlungsbilanzüberschüssen und -defiziten läßt sich hinreichend durch ein konjunkturelles Nachfragegefälle zwischen Inland und Ausland erklären. Bemerkenswert ist, daß nach 1961 auch die Kapitalbewegungen stärker dahin tendierten, Überschüsse bzw. Defizite der laufenden Posten zu kompensieren, was damit begründet wird, daß Kapitalbewegungen über Zinssatzdifferenzen ebenfalls dem internationalen Konjunkturgefälle folgen.

Die Arbeit ist auch methodisch von Interesse durch ihren Versuch, Struktur- und Wettbewerbseffekte quantitativ zu trennen sowie einen „Zahlungsbilanz-trend“ gegen die mittelfristigen Schwankungen abzuheben. Wie wir inzwischen wissen, hat jedoch die Rezession von 1967 die Zahlungsbilanz nicht nur durch einen vorübergehenden „export push“, sondern auch nachhaltiger durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst. Zumindest in Ermangelung weiterer Aufwertungen wäre durch die mittelfristigen Schwankungen auch für einige Zeit der Trend bestimmt worden.

Anton Konrad, München

*Franz Mehler: Ziel-Mittel-Konflikte als Problem der Wirtschaftspolitik. Ein Beitrag zur Theorie der Wirtschaftspolitik, exemplifiziert an der praktischen Agrarpolitik. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 444 S.*

Diese breit angelegte Studie zeichnet sich durch eine sehr gründliche Aufarbeitung des themenbezogenen Begriffsapparates und durch eine vertiefende Explikation des Ziel-Mittel-Problems aus. Die Fülle der verarbeiteten Literatur und die Ausführlichkeit der Zitation erschwert es dem Leser etwas, den Kern der Monographie herauszuschälen, die in der Absicht geschrieben wurde, zur „Weiterentwicklung der Theorie der Wirtschaftspolitik“ beizutragen. Mehler geht von einem gesellschaftlichen Konfliktmodell aus, unterstellt also das Vorhandensein von Konflikten, ohne allerdings bis zu den Konfliktursachen vorzustoßen. Die Widerspiegelung gesellschaftlicher Konflikte in Zielkonflikten und weiter in den Konflikten bei der Auswahl von Mitteln und Instrumenten, die jeweils Nebenwirkungen zu bedenken Anlaß geben, führt den Autor zu der Konsequenz, einer sozialphilosophisch begründbaren oder mit Rückgriff auf Faktisches bereits begründeten Wertordnung nachzuspüren. Die Unergiebigkeit dieser Suche zwingt dann zur pragmatischen Reduktion der Lösung auf die Etablierung eines konfliktlösenden, sich autonom stabilisierenden Systems. Die Frage, welches System bei angebotenen Alternativen ausgewählt, nach welchen Kriterien die Auswahl zu begründen ist, wird nicht mehr gestellt. Die Analyse fällt an dieser Stelle wieder der Deskription der konfliktlösenden Praktiken anheim.



Der zweite Teil der Monographie, in dem an Hand der Agrarpolitik eine Exemplifizierung der theoretischen Überlegungen angestrebt wird, geht auf die durch das Landwirtschaftsgesetz der BRD und die mit der EWG-Agrarmarktordnung hervorgerufene Entwicklung ein. Der Verfasser kann bei seinem Hinweis auf die „besondere Bedeutung“ von Ziel-Mittel-Konflikten im Agrarbereich ein breites Verständnis erwarten. Die Untersuchung dieser Konflikte und ihrer teils historischen, teils aus der Eigenart landwirtschaftlicher Produktion resultierenden Ursachen gelangt jedoch nur andeutungsweise über eine Beschreibung hinaus, d. h. der Verfasser vermeidet eine ausführliche Stellungnahme, die wohl in Richtung Mansholt-Plan ausfallen würde.

Es lag nicht in der Absicht des Autors, ein Lehrbuch zu schreiben. Wegen der Fülle übersichtlich gebotener Information über die beiden Gebiete Allgemeine Wirtschaftspolitik und Agrarpolitik kann diese Monographie jedoch auch Studierenden empfohlen werden, die primär an einer materialreichen Einführung interessiert sind.

Karl Georg Zinn, Aachen

*Hans Krämer, Manfred Schüler, Dieter Weis: Rechtliche, ökonomische und finanzwirtschaftliche Aspekte der Kostendeckung kommunaler Gebührenhaushalte. Köln, Opladen 1970. Westdeutscher Verlag. 88 S.*

Gebühren und Beiträge sind Stiefkinder der Finanzwissenschaft. Zwar enthalten vor allem die älteren Lehr- und Handbücher in der Regel gewisse Ausführungen darüber, aber sie sind überwiegend sehr summarisch und oft rein deskriptiv und stehen in keinem rechten Verhältnis zu dem Interesse, dem sie in letzter Zeit in Presse und Politik begegnen, ist doch der Nulltarif geradezu Symbol und Waffe im Kampf gegen die überkommene Ordnung von Staat und Wirtschaft geworden. Um so mehr Beachtung verdient diese Studie, die sich ausführlicher mit Praxis und Problematik der Gebühren und Gebührenhaushalte beschäftigt.

In besonderen Abschnitten behandeln die Verfasser die Benutzungs- und die Verwaltungsgebühren sowie die Beiträge. Das dabei verwendete statistische Material betrifft ausschließlich das bundesdeutsche Gebiet, und zwar vornehmlich Nordrhein-Westfalen. In einem weiteren Abschnitt werden einzelne Gebührenhaushalte untersucht. Ein besonderes Augenmerk richten die Bearbeiter dabei auf die Frage, wie weit die Gebühren die Kosten der betreffenden Leistungen zu decken vermögen. In diesem Zusammenhang analysieren sie die Arten der Kosten von Leistungen, zu deren Deckung die Gebühren bestimmt sind.

Bemerkenswert ist die zahlenmäßig belegte Tatsache, daß „mit Ausnahme der Städtegruppe zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern die Gebühreneinnahmen pro Einwohner mit zunehmender Städtegröße nicht zu- sondern abnehmen“. Das bedeutet aber nicht, „daß die Leistungen der Großgemeinden schlechter sind als die der kleineren, im Gegenteil: Die Einrichtungen für diese Versorgungszweige und wohl auch deren Leistungen sind in größeren Gemeinden durchweg besser als in kleineren“ (S. 32). Daraus ergibt sich der



Schluß, daß mindestens bei einem Teil der gebührenpflichtigen Leistungen die Kosten mit der Größe der leistenden Verwaltung sinken oder doch gesenkt werden können. Darin bestätigt sich somit die im übrigen feststellbare Gesetzmäßigkeit nicht, wonach mit steigender Bevölkerung die Ausgaben überproportional wachsen.

Theo Keller, St. Gallen

*Dieter Eckel: Ökonomische Gesetze als Bestimmungsfaktoren von Produktion und Konsum. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 146 S.*

Seit jeher streben Ökonomen danach, Einflußgrößen im Produktions- und Konsumbereich aufzudecken, um damit zu einer Erklärung und Voraussage des gesamten Wirtschaftsablaufs zu gelangen. Diskussionen ergeben sich über die anzuwendende Methode. Eckel trägt mit seiner Schrift unter dem etwas verwirrenden Titel zu dieser Diskussion bei. In der Einleitung macht der Verfasser klar, daß er Konsum und Produktion als konforme Abbildungen ansieht, wobei unter Konsum jede an der Präferenzordnung orientierte Verhaltensweise eines Individuums verstanden wird. Dem Verfasser geht es darum, Konsum, Produktion und Regeneration (verstanden als Sicherung der Konsumkapazität) als zielgerichtetes Handeln auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie zurückzuführen. Diesen Gesetzmäßigkeiten wendet sich der Verfasser im ersten Kapitel zu. Seine wissenschaftstheoretischen Ausführungen zu diesem Problem bleiben allerdings weitgehend unklar und verwirren den Leser in vielen Punkten, etwa wenn von „realen Gesetzen der reinen Theorie“ oder von der „Erfassung nur determinierter Handlungen in ökonomischen Gesetzen“ gesprochen und ein struktureller Unterschied zwischen ökonomischen und naturwissenschaftlichen Gesetzen aufgrund von Wertsetzungen im ökonomischen Bereich konstruiert wird. Besonders erstaunlich ist Eckels Schlußfolgerung, daß allgemeingültige ökonomische Gesetze im Rational- und Sättigungsprinzip zu finden sind. Diese Prinzipien sollen auf den Aktionsbereich des Menschen einwirken und damit auch sein Konsum- und Produktionsverhalten determinieren. Dazu ist anzumerken, daß auch das Rational- und das Sättigungsprinzip zunächst nichts anderes darstellen als Hypothesen, deren Überprüfung nicht anhand von Plausibilitätsüberlegungen, sondern anhand der Empirie zu geschehen hat.

Im zweiten Kapitel beschäftigt sich Eckel mit dem Problem der Hypothesenfindung (von ihm als „Suchprozeß“ bezeichnet). Er weist darin sehr anschaulich auf die Gefahren hin, die einer zu steril betriebenen Wissenschaft der Ökonomie dadurch erwachsen, daß sie sich ihres gesellschaftlichen Bezugs nicht bewußt wird. Eckels Plädoyer für eine „realitätsbezogene politische Ökonomie“ ist insofern zuzustimmen, als der Zielbildungsprozeß in den Objektbereich der wissenschaftlichen Analyse mit einbezogen werden sollte, Werturteile im Gewande wissenschaftlicher Aussagen jedoch als metasprachliches Problem zu behandeln sind. Im dritten und vierten Kapitel behandelt Eckel sehr ausführlich den Produktions- und Konsumbereich. Dabei wird vor allem mikroökonomisch argumentiert und erst am Schluß die makroökonomische Ebene betrachtet. Angelpunkte sind wiederum das Rational- und das Sättigungsprin-

zip, auf die alle Verhaltensweisen zurückgeführt werden. Dazu gelten jedoch die gleichen kritischen Anmerkungen wie zum zweiten Kapitel.

Alles in allem ist die Akribie hervorzuheben, mit der sich Eckel an die Lösung des gestellten Problems begibt. Daß die logische Konsistenz im Aufbau nicht immer gewahrt ist, gibt Eckel im Vorwort selbst zu und begründet es mit dem Zusammenlegen ursprünglich unabhängig voneinander angefertigter Aufsätze. Ein problembezogener Übergang zwischen den einzelnen Kapiteln würde eine wesentliche Erleichterung für den Leser darstellen. Was Eckels Problemlösung im Auffinden von Gesetzmäßigkeiten im Produktions- und Konsumbereich selbst betrifft, so kann eine tiefe Skepsis nicht verhehlt werden, die getragen wird von der Überzeugung, daß zu Gesetzmäßigkeiten nicht durch Formulierung unumstößlicher Prinzipien und darauf basierender Modifikationen theoretischer Systeme vorgedrungen werden kann, sondern allein durch eine empirische Überprüfung konkreter Hypothesen.

Ekkehard von Knorring, Augsburg

*Jens Meier, Johann Hawlowitsch* (Hrsg.): Die Außenwirtschaft Südosteuropas. Entwicklung — Probleme — Perspektiven. Köln 1970. Verlag Wissenschaft und Politik. 148 S.

Schüler, Mitarbeiter und Freunde ehren *Hermann Gross* in dieser Schrift zum 65. Geburtstag. Das Seminar für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas der Universität München wird von *Jens Meier* als Wirkungsstätte des Jubilars vorgestellt. Seine Verdienste für die Wissenschaft werden von *G. Rhode* und aus internationaler Sicht von *A. Jovanovič, V. Dragomanovič* sowie *J. Hauptmann* gewürdigt.

In den einzelnen Beiträgen zur Außenwirtschaft Südosteuropas äußern sich folgende Autoren: *J. Hawlowitsch* (Ungarn, Jugoslawien), *C. D. Rohleder* (Rumänien), *T. D. Zotschew* (Bulgarien), *H.-J. Pernack* (Albanien), *K. M. Fink* (Griechenland) und *H. Schnabl* (Türkei). Sie behandeln Schwerpunkte, wie die Außenwirtschaftsordnung, die Außenwirtschaftspolitik mit ihren Zielen, Trägern und Instrumenten, die Zahlungsbilanz sowie in Verbindung damit die Struktur des Außenhandels. In historischen Reflexionen werden berücksichtigt die Ausstattung der Teilräume mit ökonomischen Ressourcen, der allgemeine wirtschaftliche Entwicklungsstand und die Wirtschaftsordnungen.

Es ist sicher nicht auf Unterlassung von seiten einiger Autoren, sondern auf Informationsschwierigkeiten zurückzuführen, wenn so wichtige Angaben, wie die über das Außenhandelsvolumen pro Kopf der Bevölkerung, den Beitrag des Außenhandels zum Sozialprodukt oder den Grad der Außenhandeltätigkeit, nicht durchweg gemacht werden, um die Bedeutung des Außenhandels für das jeweilige Land zu klären.

Der überaus wichtige Aspekt des Beziehungszusammenhanges zwischen Wirtschaftsordnung und Außenwirtschaft wird generell gesehen und betont. Besondere Aufmerksamkeit widmet man den Wirtschaftsreformen, die in einigen der betrachteten Länder in letzter Zeit durchgeführt wurden und

auch die Außenwirtschaft beeinflussen. Um die Bedeutung und Wirkung dieser Einflüsse dem Leser klar verständlich zu machen, ist es erforderlich, gute Kenntnisse über die Situation zu vermitteln, wie sie bestand, bevor Änderungen organisatorischer und institutioneller Gegebenheiten vollzogen wurden. Die überaus stark komprimierte Form der Darstellung vermag das aber nicht hinreichend zu leisten. Was besagt zum Beispiel für die außenwirtschaftliche Entwicklung Ungarns die Feststellung, eine Reform der kleinen Schritte verspricht, vielleicht in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren ein Erfolg zu werden (S. 33)?

Zur Charakterisierung des Beziehungszusammenhanges zwischen Wirtschaftsordnung und Außenwirtschaft wäre an einigen Stellen eine präzisere Begriffsbestimmung wünschenswert gewesen. Im Falle Jugoslawiens ist von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ die Rede. Man weiß aber nicht, was darunter als ideal- oder realtypische Gestalt zu verstehen ist. Die Marktbeziehungen sollen dort weitgehend dem Modell der „sozialistischen Marktwirtschaft“ entsprechen (S. 92). Welches Modell ist gemeint? Später wird von „der Dezentralisierung eines mehr oder weniger zentral geleiteten sozialistischen Wirtschaftssystems nach innen und außen“ gesprochen (S. 123). In Anbetracht solcher vagen Umschreibungen ist dann wohl auch die Aussage wenig überzeugend, die Wirtschaftsordnung Jugoslawiens sei den östlichen Planwirtschaften praktisch und theoretisch viele Jahre voraus (S. 95).

Unberührt von diesen Bemerkungen bleibt die Tatsache, daß dem Leser aufschlußreiche Informationen über die Außenwirtschaft der Länder Südosteuropas vermittelt werden. Der Informationswert wird dadurch noch erhöht, daß die Verfasser diesen Wirtschaftsbereich im wesentlichen unter gleichen Gesichtspunkten untersuchen. So wird erkennbar, welche Unterschiede die Bestimmungsfaktoren der Außenwirtschaft von Land zu Land aufweisen und wodurch diese Unterschiede bedingt sind.

Johannes F. Tismer, Berlin

OECD (Hrsg.): Flexibility of Retirement Age. Paris 1970. OECD. 224 S.

Die Problematik einer größeren Flexibilität der Altersgrenze für die Rente oder Pensionierung gewinnt in jüngster Zeit immer mehr an Aktualität. Die von der OECD herausgegebene Studie zu dieser Problemstellung enthält mehrere Einzelbeiträge, die im folgenden kurz skizziert werden sollen.

Der erste Aufsatz von *Solomo Barkin* behandelt ganz allgemein die Auswirkungen der Pensionierungs- bzw. Rentenbestimmungen auf das Pensionierungsverhalten der Arbeitnehmer, wobei der Autor feststellt, daß als zusätzliche Variable die Beschaffenheit des Arbeitsmarktes sowie die Einstellungen und Werthaltungen der Arbeitgeber gegenüber einer Beschäftigung älterer Menschen untersucht werden sollten.

Im zweiten Aufsatz befaßt sich *Sven Hyden* mit der Flexibilität von Pensionierungsbestimmungen in staatlichen Pensionierungssystemen, wobei der Autor versucht, die zwischen den einzelnen OECD-Ländern bestehenden Unter-



schiede in der allgemeinen Struktur dieser Systeme herauszuarbeiten und vor allem zu prüfen, welchen Einfluß die Ruhensbestimmungen der Pensionsversicherung auf jenes Alter haben, in dem die Arbeitnehmer für gewöhnlich aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden. Im dritten Aufsatz untersucht der Autor unter den gleichen Aspekten die privaten Pensionsversicherungen, etwa die betriebliche Altersversorgung, und stellt fest, daß diese keine bzw. nur sehr wenige Bestimmungen für flexible Altersgrenzen enthielten.

Anschließend werden die Systeme der Rentenversicherung in England, Frankreich sowie der BRD im Hinblick auf die Flexibilität des Pensionierungsalters ausführlich diskutiert.

Die Situation in England wird von *Anne-Marie Hackett* geschildert. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, daß zwar im nationalen Versicherungssystem gewisse Ansätze zur Flexibilität bestünden, jedoch würden diese dadurch eingeschränkt, daß ab einer bestimmten Verdiensthöhe der ausbezahlte Pensionsbetrag vermindert wird. In den sogenannten Berufspensionsversicherungen Englands sei zwar in gewissem Umfang Flexibilität der Altersgrenze gegeben, jedoch würden die tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt bei diesen Bestimmungen eine wesentliche Rolle spielen. Den Bericht über Frankreich verfaßte *Michel Morisot*. Er stellt fest, daß die Situation in Frankreich dadurch gekennzeichnet sei, daß im allgemeinen System der sozialen Sicherung keine sehr starren Grenzen für das Pensionierungsalter bestünden. Jedoch wird angeregt, das tatsächliche Verhalten älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt durch empirische Erhebungen noch genauer zu untersuchen, wobei regionale Unterschiede sowie Unterschiede zwischen den Berufsgruppen zu berücksichtigen seien.

Die Situation in der BRD wird von *Axel Neu* und *Gerd Elstermann* in einem recht informativen und systematisch aufgebauten Artikel geschildert. Nach ihren Ausführungen erlaube die gesetzliche Rentenversicherung der BRD eine gewisse Flexibilität des Rentenalters. An eine Flexibilität nach unten seien zwar einige restriktive Bedingungen geknüpft, für eine solche nach oben — vor allem ab dem 65. Lebensjahr — bestünden jedoch kaum Hindernisse. Daraus folgern die Autoren, daß im Sinne einer aktiven Arbeitskräftepolitik eine Flexibilität der Altersgrenze nach oben und unten (symmetrische Flexibilität) erreicht werden sollte. Eine Überprüfung der privaten Pensionsversicherungen, speziell der betrieblichen Altersversorgung, läßt die Autoren zu dem Ergebnis kommen, daß diese Systeme im Hinblick auf eine flexible Gestaltung der Grenzen des Rentenalters recht ungünstige Bestimmungen enthielten. Der Bericht über die BRD umfaßt auch einige statistische Angaben über das Verhalten älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt sowie den Versuch einer quantitativen Bestimmung des Arbeitskräftereservoirs älterer Menschen.

Insgesamt gesehen dürfte die vorliegende OECD-Studie sowohl zum Verständnis der allgemeinen Probleme flexibler Altersgrenzen bei der Renten- oder Pensionsversicherung als auch zur spezifischen Situation dieses Problem-bereiches in einzelnen europäischen Ländern einen wichtigen Beitrag leisten.

Brunhilde Scheuringer, Linz



*Ahmad Naini*: Grundfragen der Dritten Welthandelskonferenz. Hamburg 1972. Verlag Weltarchiv GmbH. 163 S.

Auch nach der Dritten Welthandelskonferenz (UNCTAD) von 1972 in Santiago de Chile sind die bereits auf früheren Welthandelskonferenzen erörterten handels- und entwicklungspolitischen Fragen keineswegs gelöst. Viele Forderungen der Entwicklungsländer blieben weiterhin unerfüllt. Die Studie von Ahmad Naini, die sich mit den von der Dritten Welthandelskonferenz zu behandelnden Grundfragen befaßt, hat deshalb keineswegs nur wirtschaftsgeschichtlichen Wert, sondern durchaus einen aktuellen Bezug.

Zunächst werden dem Leser einige Grunddaten über die sich vergrößernde Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vermittelt. Einer der wesentlichen Gründe hierfür ist die einseitige Handelsstruktur der Entwicklungsländer — noch 1970 bestanden über drei Viertel ihrer Exporte aus Rohstoffen. Deshalb besteht die zentrale Aufgabe der Welthandelskonferenzen darin, Lösungsansätze für eine Verbesserung der Handelsstrukturen zu erarbeiten.

Nach einem Überblick über Entstehung, Organisation und Aufgabenbereiche der Welthandelskonferenz analysiert der Verfasser sorgfältig die einzelnen Themenkomplexe der Welthandelskonferenzen: Rohstofffragen, Handel mit Halb- und Fertigwaren, Probleme der Entwicklungsfinanzierung und des Währungssystems, internationale Schifffahrtsfragen, Technologietransfer, wirtschaftliche Integration, Handelsbeziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und Sondermaßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder. Der Leser gewinnt einen guten Überblick über die jeweilige Problematik des Themenbereichs, die Forderungen der Entwicklungsländer, die Empfehlungen der Welthandelskonferenzen von Genf (1964) und Neu-Delhi (1968) sowie die bis zur Dritten Welthandelskonferenz erzielten Fortschritte. Die Publikation verdeutlicht, wie bescheiden sich angesichts der Vielzahl von Studien und Empfehlungen die tatsächlich erreichten Ergebnisse ausnehmen.

Der Verfasser hat darauf verzichtet, insgesamt ein Urteil über den Beitrag der Welthandelskonferenzen zur Lösung der handels- und entwicklungspolitischen Probleme abzugeben. Dies dürfte selbst nach der Dritten Welthandelskonferenz eine schwierige Aufgabe sein. Da die Studie fast alle bedeutsamen entwicklungspolitischen Aspekte anspricht, können die Einzelfragen nicht erschöpfend behandelt werden. Die Publikation eignet sich deshalb weniger für den Spezialisten als für denjenigen, der sich einen Überblick über die bisherige Arbeit der Welthandelskonferenzen schaffen will.

Günter Zenk, Frankfurt/M.

*Mathias Ernst Kamp, Christoph Rothkegel: Steuerlehre. Allgemeiner Teil.* Bonn 1971. Köllen-Verlag. 269 S.

*Mathias Ernst Kamp, Ingo Müssener, Christian Scheer: Steuerlehre. Besonderer Teil.* Bonn 1970. Peter Hanstein Verlag. 366 S.

In diesen beiden Bänden legen Kamp und seine Mitarbeiter das Ergebnis ihrer Tätigkeit als Hochschullehrer vor; beide Bände entstanden aus den jahrzehntelangen Erfahrungen in der Vermittlung des finanzwissenschaftlichen Stoffes an die Studenten. Es handelt sich hier somit weniger um Forschungswissen, das die beiden Bände insbesondere für den Anfänger in der recht schwierigen Disziplin nützlich sein läßt. Der Aufbau folgt streng dem traditionellen Schema — es wird exakt zwischen der allgemeinen und besonderen Steuerlehre unterteilt. Dient der allgemeine Teil der Grundlegung des Verständnisses der Funktion der Besteuerung in einem komplexen Wirtschaftssystem, so befaßt sich der besondere Teil ausführlich mit den einzelnen Steuern.

Im einzelnen sind Gegenstand des allgemeinen Teils die Grundlagen der Steuertheorie (Steuerbegriff, Steuertechnik), die Lehre von der Steuerverteilung (Äquivalenz- und Leistungsfähigkeitstheorien), die Steuerwirkungen (im Mittelpunkt steht die mikroökonomische Betrachtungsweise und insbesondere das Inzidenzproblem) und die Lehre von den Steuerfunktionen (als Grundlage dieses Fragenkomplexes der konjunktur-, wachstums-, struktur- und sozialpolitischen Funktionen werden auch die makroökonomischen Steuerwirkungen angedeutet).

Der Inhalt des zweiten Bandes umfaßt sämtliche Steuern der Bundesrepublik und — was in einem Lehrbuch der Finanzwissenschaft äußerst selten ist — die wichtigsten Bestimmungen der Reichsabgabenordnung. Bei den einzelnen Steuern wird ihre historische Entwicklung aufgezeigt, die Praxis anderer Länder kurz erwähnt und auf andere denkbare Ausgestaltungsmöglichkeiten eingegangen. Wesentlicher Punkt ist die Darstellung der deutschen Verhältnisse, so wie sie sich aus den Einzelsteuergesetzen ergeben, ergänzt durch das Eingehen auf die Kritik an den einzelnen Steuerarten im Hinblick auf ein rationales Steuersystem.

Der Anlage des Werkes gemäß wird im zweiten Teil eine Tendenz noch wesentlich ausgeprägter, die sich auch schon im ersten Band bemerkbar macht, und zwar die starke Ausrichtung des dargebotenen Stoffes auf die steuerrechtliche Seite und Problematik, wodurch der eigentlich ökonomisch-finanzwissenschaftliche Teil etwas in den Hintergrund gerät. Es ist freilich zu begrüßen, wenn die Umsetzung von steuertheoretischen Überlegungen in praktisches Steuerrecht durch den Bezug auf letzteres konkretisiert wird; fraglich bleibt jedoch, ob die Fülle der besonders im zweiten Teil gebrachten steuerrechtlichen Einzelheiten notwendig ist, um das Verständnis der Wirkungen einzelner Steuern und ihrer Stellung im Steuersystem — oder besser Steuerkonglomerat — zu erwecken, oder ob damit nicht das eigentliche Gebiet der Finanzwissenschaft bereits verlassen wird. Der Wert der Darstellung des geltenden Steuerrechts wird zudem dadurch relativiert, daß es schnellen

Veränderungen unterworfen ist und daß die eigentlichen steuerrechtlichen Probleme im Rahmen einer Steuerlehre doch nicht umfassend gewürdigt werden können, woraus die Gefahr entsteht, daß für den angehenden Volkswirt zuviel, für den Steuerrechtler zuwenig gesagt wird.

Umfangreiche Literaturverzeichnisse — in der „Besonderen“ stark auf Steuerrecht ausgerichtet — sowie Stichwortverzeichnisse erleichtern die Benutzung der Bände, die insbesondere ihren Wert darin finden, daß sie zu vielen Fragen der Finanzwissenschaft Information und Stellungnahme bieten. Die starke Untergliederung des Stoffes unterstreicht diese Funktion.

Dieter Stilz, Berlin

*Ulrich Baßeler*: Finanzierungsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 129 S.

Das Untersuchungsziel dieser Studie ist begrenzt. Der Verfasser entwickelt zunächst „Kriterien für den Grad der Integration einer Finanzierungsrechnung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ und untersucht mit Hilfe dieser Kriterien einige konkrete Finanzierungsrechnungen. Im Hinblick auf diese sehr enge Fragestellung ist der allgemein gehaltene Titel des Buches etwas irreführend. Zumindest ein einschränkender Untertitel hätte etwaige Mißverständnisse beseitigen können.

Den Grad der Integration der Finanzierungsrechnung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung beurteilt Baßeler anhand rein formaler Gesichtspunkte. Sind die Definitionen und Bewertungen der einzelnen Ströme in beiden Rechnungen gleich und lassen sich die Sektorgliederungen ineinander überführen, dann liegt in seiner Terminologie vollständige Integration vor. Dann nämlich können sich die sektoralen Realvermögens-, Reinvermögens- und Geldvermögensänderungen in beiden Rechnungen nur durch statistische Ermittlungsfehler unterscheiden.

Im zweiten Teil der Arbeit untersucht Baßeler ausführlich die Geldstromanalyse von *Copeland*, die Flow-of-Funds-Rechnung des Federal Reserve Systems und die Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank. Als Ergebnis stellt er fest, daß es der Bundesbank im Gegensatz zum Federal Reserve System gelungen ist, die Finanzierungsrechnung „praktisch vollständig“ in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes zu integrieren. In einem Schlußkapitel werden das „System of National Accounts“ der Vereinten Nationen und das „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (beide 1968 veröffentlicht) diskutiert.

Die Studie beschränkt sich auf den Vergleich der Formalgerüste der verschiedenen Finanzierungs- und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Definitionen und Bewertungen). Nach dem Zweck, der mit den verschiedenen Abgrenzungen erreicht werden soll, fragt Baßeler nicht. Der ganze Problemkomplex der wirtschaftspolitischen Verwendung der Finanzierungsrechnung und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der sich aus der Verwendung ergebenden Anforderungen an diese wichtigen statistischen Instrumente wird gar nicht erwähnt. Gerade anhand dieser Fragen hätte man

jedoch demonstrieren können, ob und aus welchen Gründen die Integration der beiden Rechnungen — also das von Baßeler gewählte Thema — überhaupt ein wichtiges Ziel ist. Anhand dieser Fragen hätte Baßeler auch die Auswahl seiner Kriterien für den Grad einer Integration begründen und rechtfertigen können. Diese Kriterien sind nämlich keineswegs selbstverständlich. Warum gelten z. B. zwei Rechnungen bereits dann als integriert, wenn die einzelnen Stromgrößen in beiden gleich definiert und bewertet werden, wenn sich die Größen jedoch auf Grund verschiedener statistischer Ermittlungsverfahren in der Höhe voneinander unterscheiden können? Ein „Anhängen“ der Finanzierungsrechnung an die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist dann auch bei vollständiger Integration nur bedingt möglich.

Martin Hüfner, Frankfurt

*Joachim Derfuß*: Risiko und Risikopolitik bei förderungswirtschaftlichen Genossenschaften, dargestellt am Beispiel der regionalen Warenzentralen ländlicher Genossenschaften in der BRD. Göttingen 1970. O. Schwartz & Co. 97 S.

Diese Studie ist ein Versuch, wesentliche betriebswirtschaftliche Probleme des Risikos und der Risikopolitik bei Nichtproduktivgenossenschaften und insbesondere ländlichen Zentralgenossenschaften regionaler Art zu bearbeiten. Durch Sammlung größerer, kleiner und selbst kleinster Hinweise im Schrifttum — nicht zuletzt bei *R. Henzler* — und durch deren Weiterführung gelingt es, eine Lücke in der systematischen Analyse der Genossenschaften zu schließen. Weiterhin ist die Schrift deshalb wichtig, weil der Autor bei der Behandlung seines Gegenstandes über die bisher üblichen betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweisen hinausgeht. Durch Anwendung einer strukturell-morphologischen Betrachtungsweise, wie sie *G. Weisser* vertritt, arbeitet er Risiken auch dort heraus, wo sie im Zusammenhang der Befolgung oder Nichtbefolgung von Sinnintentionen entstehen.

Nach breiterer, keineswegs aber übertrieben detaillierter Darstellung begrifflicher Grundlagen über das „Risiko“, das vornehmlich als durch das Merkmal „Ungewißheit“ bestimmt angesehen wird, und die „Risikopolitik“ sowie über „Genossenschaft“, „Warenzentrale“, „Genossenschaftsverbund“ und „Anhangswirtschaft“ bietet der Autor eine selbständige Behandlung unterschiedlicher Risikoarten des mitgliederbezogenen Innenbereichs und des marktbezogenen Außenbereichs von Förderungsgenossenschaften. Dabei werden sowohl im engeren Sinne betriebswirtschaftliche Risiken dieser Genossenschaften behandelt, wie z. B. das Beschaffungs- und das Verwertungsrisiko und natürlich auch das bei ihnen besonders beachtliche spezifische Finanzierungsrisiko, als auch „sinn-abhängige“ Risiken erörtert, wie das „Risiko genossenschaftlicher Entartung“ und vor allem das „Betätigungsrisiko ‚an sich‘“. Die Behandlung der Risikopolitik der Genossenschaften ist folgerichtig auf die vorgenommene Gliederung der Arbeit bezogen. Hier werden innergenossenschaftliche Maßnahmen organisatorischer, finanzwirtschaftlicher und pädagogischer Art von solchen marktbezogenen Maßnahmen unterschieden, die die Werbung, die Stabilisierung der Marktverhältnisse sowie Leistungskreiserweiterungen betreffen.



Beim Risiko der genossenschaftlichen Entartung — einem für genossenschaftliche Unternehmen heute zweifellos besonders aktuellen Wagnis, das analog auch bei anderen Unternehmen auftreten kann — geht es darum, „daß die Mitglieder (wie im Modell eines Filialbetriebes) vom Standpunkt der Warenzentrale bzw. ihrer Vertreter aus als Mittel der Zentrale angesehen werden (= Entartung), obwohl vom Gründungsziel her gesehen ein umgekehrtes Ziel vorliegt“ (S. 40). Der Eintritt eines solchen Risikofalles, der also auf einer Verkehrung der ursprünglichen Zielintentionen ins Gegenteil beruht, muß sich aber im Rechenwerk der Genossenschaft nicht negativ niederschlagen. Im Gegenteil! Das Betätigungsrisiko an sich, das nach Auffassung des Autors als Risiko besonderer Art nur bei Genossenschaften vorkommt, hat nach *E.-A. Koch* seine Ursache im „auftragungsgemäßen Wirken der Genossenschaften, die Mitglieder zu fördern; denn je nachhaltiger die wirtschaftliche Lage der Mitglieder gebessert wird, desto stärker neigen sie dazu, bei der Deckung ihres Bedarfs auch die Leistungen konkurrierender nichtgenossenschaftlicher Betriebe in Anspruch zu nehmen“. Derfuß zieht daher — entgegen dem Urteil eines anderen Rezensenten (*H.-K. Penning* in der *ZgGenW.*, Bd. 22, 1972, S. 94) u. E. völlig zu Recht und in sachlicher Übereinstimmung mit *R. Henzler* — die Konsequenz: „Je besser die Förderung der Mitglieder, desto größer möglicherweise das Risiko“ (S. 42).

Kritisch sei zu der Arbeit angemerkt, daß die illustrierenden Ausführungen über den Genossenschaftsverbund ländlicher Genossenschaften etwas knapp ausgefallen sind, so daß der Autor dem Untertitel seiner Schrift nicht ganz gerecht wird. Zwar gibt es auch heute reale Erscheinungsformen sehr unterschiedlicher Entwicklungstypen der Genossenschaften, die im Anschluß an *E. Dülfer* als „Traditionelle Genossenschaften“, „Marktgenossenschaften“ und „Integrierte Genossenschaften“ gekennzeichnet werden können. Von daher ist das Verfahren von Derfuß legitim, bei Erörterungen von Risiken und risikopolitischen Maßnahmen auch isolierte Genossenschaftsbetriebe und isolierte Warenzentralen zu erörtern. Allerdings hätte die thematische Schwerpunktbildung, wie sie das erläuternde Unterthema ankündigt, zweckmäßigerweise stärker berücksichtigt werden sollen. Bei einer Neubearbeitung würde auch das zahlreiche, gerade zum Genossenschaftsverbund der behandelten und anderer Genossenschaftssparten neu erschienene Schrifttum zu berücksichtigen sein.

Werner Wilhelm Engelhardt, Köln

*Eckhard Wandel*: Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924 - 1929. Tübingen 1971. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 332 S.

Noch immer bietet das Reparationsproblem nach dem Ersten Weltkrieg Stoff genug, die Fülle der Reparationsliteratur um weitere Varianten zu ergänzen. Der zu seiner Zeit von nur wenigen erkannte und heute bei Studenten, denen diese Zusammenhänge erklärt werden, Erstaunen über so viel Unverständnis hervorrufende Dollarkreislauf wird in der Arbeit von Wandel, einer Tübinger Dissertation, in seinem Gesamtzusammenhang recht anschaulich dargestellt.

Amerikanische Auslandsanleihezeichner und Kreditbanken brachten der deutschen Reichsbank die Devisen, die dazu dienten, deutsche Reparationsleistungen auf alliierte Konten zu überweisen, von wo aus sie wiederum zur Abgeltung alliierter Schulden nach USA flossen: ein Kreislauf, der letztlich durch die Umbuchung zwischen zwei amerikanischen Bankkonten ersetzt werden konnte. Trotzdem wurde praktisch bis zum Ende der Reparationen von den USA offiziell ein Zusammenhang zwischen Reparationszahlungen und alliierten Schulden in USA geleugnet, wenngleich von eingeweihten Fachleuten dieser Zusammenhang stets gesehen wurde und auf der Young-Plan-Konferenz sowie in dem Sonder-Memorandum, das diesen letzten Reparationsplan begleitete, deutlich zu Tage trat.

Gerade dieses amerikanische Interesse an einer Regelung des Reparationsproblems in einer Weise, die auch die Abzahlung der alliierten Schulden in USA ermöglicht, steht im Mittelpunkt dieser Arbeit. Wandel weist nach, wie sehr die Unmögliches fordernde alliierte Reparationspolitik durch den Zwang bestimmt wurde, alliierte Schulden in den USA zu zahlen, ja, daß z. B. England bereit war, auf deutsche Reparationen zu verzichten, wenn die USA dem englischen Vorschlag gefolgt wären, die alliierten Kriegsschulden zu annullieren. In Deutschland selbst wurde die Bedeutung der USA für die Lösung des Reparationsproblems wohl erst 1926 richtig erkannt; das Gutachten von Ministerialdirektor Ritter im Auswärtigen Amt vom April 1927 zeichnet die amerikanische Lage exakt und weist auf die Verbindung von Reparationen und alliierten Kriegsschulden hin. Wandel geht ausführlich auf die Bemühungen ein, den Dawes-Plan abzulösen, und schildert richtig, wie dies frühestens nach den amerikanischen Wahlen im Herbst 1928 in Angriff genommen werden konnte. Die Uneinsichtigkeit amerikanischer Bankiers wird deutlich, wenn man die Warnungen betrachtet, die von deutscher und amerikanischer Seite ausgesprochen wurden, ohne daß die kurzfristige Hergabe in Deutschland oft unproduktiv verwendeter Kredite eingeschränkt wurde — obwohl ihre Rückzahlung aus Devisenmangel mehr und mehr in Gefahr geriet. In der Darstellung Wandels, die sich auf zahlreiche Quellen und Literaturangaben stützt, ohne der in der Materie liegenden Gefahr einer sich allzu sehr in Details verlierenden Beschreibung zu erliegen, werden nochmals alle Fehler der Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg sichtbar. Die finanzielle und wirtschaftliche Verkettung deutscher Reparationen und amerikanischer Kredite, die völlig neue Position der USA in der Weltwirtschaft als Gläubigerland und die trügerische Hoffnung der USA, Kreditrückzahlungen zu erhalten, ohne sich der europäischen Einfuhr zu öffnen, sind die Fakten, die lange bei der Beurteilung der Reparationsfrage übersehen wurden. Diese ökonomischen Zusammenhänge bestimmen weit mehr als politische das Verhältnis der USA zu den europäischen Staaten zwischen Kriegsende und Weltwirtschaftskrise.

Harald Winkel, Aachen

W. F. Gossling (Hrsg.): *Input-Output in the United Kingdom. Proceedings of the 1968 Manchester Conference.* London 1970. Frank Cass & Co. Ltd. XXI, 209 S.

In dem von Gossling herausgegebenen Buch sind die Ergebnisse einer Konferenz über „Input-Output in the United Kingdom“ festgehalten, die 1968 in Manchester stattfand. Zweck dieser von der University of Manchester und der Manchester Business School organisierten Konferenz war es, die Erstellung und Anwendung von Input-Output-Tabellen zu diskutieren. Deshalb sind in dem Konferenzband auch die sich an die einzelnen Vorträge anschließenden Diskussionen wiedergegeben worden.

Nach einem Einleitungsreferat „Some Comments on Linear Models“ (W. F. Gossling) werden in dem Beitrag „Input-Output Applications for the Multi-activity Firm“ (C. W. Nelson) die Annahmen und die Methodologie des Input-Output-Ansatzes skizziert. Die Ausführungen werden durch Matrizen illustriert, die für organische und anorganische Chemikalien die zwischen den unternehmensinternen „Kostenstellen“ fließenden Lieferströme zeigen. Mit dem Referat „Developments in Input-Output Statistics“ (L. S. Berman) wird der Übergang zu den gesamtwirtschaftlichen Verflechtungsmatrizen vollzogen, die für Großbritannien für die Jahre 1935, 1948, 1954, 1960 und 1963 erstellt worden sind. Die Input-Output-Tabelle für 1963, die in aggregierter Form im Beitrag enthalten ist, wird ausführlich beschrieben, außerdem wird auf die zukünftig beabsichtigten Input-Output-Arbeiten des Central Statistical Office hingewiesen.

In den folgenden Beiträgen geht es um die Entwicklung von Modellvorstellungen. In der Arbeit „A Linear Model of Production, Distribution and Growth“ (A. Cigno) wird schrittweise ein Modell entwickelt, das durch den gewählten Programmierungsansatz auch praktisch genutzt werden kann, und zwar für die Vorausschätzung von Outputs, Preisen und technologischen Veränderungen. Leider fehlt eine empirische Illustration, wie sie im Referat „Production Models and Time Trends of Input-Output Coefficients“ (K. J. Wigley) bei der Darstellung alternativer Modellansätze zur Projektion von Energie-Input-Koeffizienten (für Kohle, Koks, Öl, Strom und Gas) gegeben wird. Hier wird versucht, die Substitution von Kohle durch Öl zu erklären und das Input-Output-Modell mit dem Vintage-Ansatz der Produktionstheorie zu kombinieren. Um die Einbeziehung realistischer Annahmen und die Verwendung von Regressionsansätzen geht es auch im Beitrag „Input-Output and the Trading Economy“ (J. R. C. Lecomber), mit dem ein in Cambridge entwickeltes Input-Output-Modell vorgestellt wird, das die Außenhandelsbeziehungen Großbritanniens durch spezifische Nachfragefunktionen für Importe und Exporte explizit berücksichtigt. Die Ausführungen zu diesem mittelfristigen Prognosemodell werden durch einen Anhang ergänzt, in dem auf die Erfassung des Außenhandels in 17 ausgewählten Input-Output-Modellen eingegangen wird.

Einem kurzen Bericht über „Input-Output Studies of the Construction Industry“ (A. J. Sluce) schließt sich das Referat „The Use of Input-Output Methods in DEA“ (B. C. Brown) an; in ihm wird ein noch zu verbesserndes Mo-



dell skizziert, das zur Projektion der Output-Struktur und der Beschäftigung verwendet wird, wobei die mittelfristige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Verwendungskomponenten des Sozialprodukts als gegeben vorausgesetzt ist.

Der letzte Konferenzbeitrag „Future Input-Output Research“ (Chairman: *I. G. Stewart*) gibt Diskussionsbeiträge wieder, die sich mit den vorhandenen und geplanten Input-Output-Arbeiten an Universitäten und in Unternehmen beschäftigen.

Jedem, der sich einen Überblick über den Stand der Input-Output-Rechnung in Großbritannien verschaffen will, sei der Konferenzband empfohlen. Aber auch andere Leser werden das Buch mit Nutzen lesen, da die beabsichtigte Verbindung von erweiterter Input-Output-Theorie und praktischer Anwendung gut gelungen ist.

Reiner Stäglich, Berlin

*Hans Ruthenberg*: Landwirtschaftliche Entwicklungspolitik. Frankfurt/M. 1972. DLG-Verlags-GmbH. 308 S.

Der Agrarökonom Hans Ruthenberg hat in zwei Jahrzehnten eine imponierende Zahl von Forschungsobjekten in verschiedenen asiatischen und afrikanischen Ländern selbst durchgeführt oder betreut. Sein neuestes Buch erscheint — trotz des anspruchsvollen Titels — zu Recht als „Materialsammlung“. Es erhebt nicht den Anspruch, den gegenwärtigen Stand der sozialökonomischen Forschung im Bereich der Agrarentwicklung in ausgereifter Form zu präsentieren, sondern versteht sich wohl eher als eine Art Reader. Das Buch scheint überwiegend aus Vorlesungsmanuskripten entstanden zu sein, die ergänzt wurden durch wörtlich übernommene Kapitel aus anderen, meist englischsprachigen Veröffentlichungen Ruthenbergs und seiner Doktoranden.

Inhaltlich bringt Ruthenberg eine detaillierte Darstellung der Instrumente landwirtschaftlicher Entwicklungspolitik, gliedert in: 1. Rahmensetzende Agrarpolitik (indirekte Maßnahmen), 2. Instrumente direkter Produktionsförderung und 3. Ökonomik der Einführung neuer Produktionsmittel.

Vorangestellt ist ein Einführungskapitel, in dem kurz auf die Ziele agrarpolitischer Maßnahmen eingegangen wird. Die schon auf der ersten Seite vorgenommene Einengung der Zielsetzung auf „die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitiger Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen“ erscheint beim heutigen Stand der Zieldiskussion nicht mehr vertretbar.

Im ersten Kapitel (Rahmensetzende Agrarpolitik) geht Ruthenberg auf die Ökonomik landwirtschaftlicher Forschungsstationen ein, auf das Betriebsformen- und Betriebsgrößenproblem und auf das Produktions- und Angebotsverhalten kleinbäuerlicher Betriebe. Interessant ist die engagierte Auseinandersetzung mit der Betriebsform der Bodennutzungsgenossenschaft nach der These: „Das Prinzip der genossenschaftlichen Bodennutzung steht damit im Widerspruch zu dem des wirtschaftlichen Wachstums“ (S. 42). Wenig ausführlich ist der Abschnitt über „Maßnahmen zur Förderung des kulturellen



Wandels“ (S. 70 ff.). Einen Abschnitt über Agrarverfassung und Agrarreform sucht man vergeblich.

Das zweite Kapitel ist dem Instrumentarium direkter Produktionsförderung gewidmet, d. h. der landwirtschaftlichen Verwaltung, der Beratung, der Vertragslandwirtschaft und der Produktion unter genauer Aufsicht. Für jedes dieser Instrumente wird das Arbeitsprinzip kurz erläutert, dann werden recht ausführlich Beispiele zitiert — vorwiegend aus dem ostafrikanischen Raum —, und schließlich wird versucht, den optimalen Anwendungsbereich für jedes Instrument herauszuarbeiten. Daraus ergibt sich ein einleuchtendes Konzept für den Einsatz dieses Instrumentariums bei unterschiedlichen Standorten und Bodennutzungssystemen. Der Leser muß allerdings in Kauf nehmen, daß vielfach zugunsten eindeutiger Aussagen auf eine weitergehende Problem-differenzierung verzichtet wird. Ziemlich kraß zeigt sich das z. B. im Abschnitt Beratung und Einkommensverteilung (S. 169 ff.).

Im letzten Kapitel wird die Ökonomik der Einführung neuer Produktionsmittel behandelt. Im einzelnen wird die Einführung von neuen Sorten, der Mineraldüngung, der intensiven Milchviehhaltung sowie der Mechanisierung und Motorisierung untersucht. Für jede dieser Neuerungen werden die speziellen betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Probleme der Einführung behandelt, Kriterien für die technische, betriebswirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Bewertung aufgestellt und Strategien für verschiedene produktionstechnische und sozialökonomische Bedingungen entwickelt. Besonders interessant sind hier Ruthenbergs Thesen zu dem umstrittenen Problem der Einführung der Schlepperhaltung.

Insgesamt dominiert der Ökonom und Entwicklungspraktiker über den Sozialökonom und Entwicklungstheoretiker. Unter diesem Vorbehalt ein lesenswertes Buch.

Bernd Schubert, Berlin

*Thomas T. Hartmann:* Die Kooperation in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 207 S.

In der DDR ist ein „einheitliches System der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft“ im Aufbau begriffen, das alle Produktions-, Verarbeitungs- und Verwaltungsprozesse für Agrar- und Nahrungsgüter von der Urproduktion bis zum Einzelhandel umfassen soll. Das Gerüst dieses Systems bilden nach Produkten gegliederte vertikale Integrationsketten (Kooperationsverbände) und ebenfalls produktspezifische horizontale Kooperationsgemeinschaften, in denen jeweils die Kapazitäten einer Reihe landwirtschaftlicher Betriebe für ein Produkt zusammengefaßt sind. Die Darstellung und Analyse dieses Kooperationsmodells für einen ganzen Wirtschaftszweig ist das Thema von Hartmanns Buch.

Diese erste umfassende Beschreibung und Kritik des großangelegten Modells einer völligen Neugliederung des Bereichs der Nahrungswirtschaft läßt eine ungewöhnliche Kenntnis von Hintergründen und Detailfragen erkennen, wie sie nur aus einer vieljährigen Beschäftigung mit dem Thema erwachsen konnte.

Die klare Darstellung dürfte das Buch auch dann noch zur geschätzten Quelle machen, wenn Einzelfragen überholt sind, zu einer Quelle überdies, die mit fortschreitender Realisierung dieses Modells an Wichtigkeit weiter gewinnen wird. Denn wenn es auch nur gelingt, das Konzept des zentral errichteten und gelenkten „agribusiness“ in relativ kurzer Zeit durchzusetzen, wird die DDR über ein neues und wichtiges Argument in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung mit dem Westen und über einen nur schwer aufholbaren Vorsprung gegenüber ihren östlichen Nachbarn verfügen.

Hartmann geht in seiner Schilderung zunächst von den theoretischen und ideologischen Grundlagen aus, auf denen der hier verfolgte Kooperationsgedanke basiert. Er skizziert kurz die Entwicklung der unterschiedlichen Kooperationsformen in der Landwirtschaft der SBZ bzw. DDR seit 1945 und kommt schließlich zum Aufbau der heutigen Kooperationsverbände und -gemeinschaften. Drei wichtige Aussagen seien hier herausgegriffen. Logische Konsequenz des hier angestrebten Modells ist die Auflösung des heute bestehenden landwirtschaftlichen Betriebes, und zwar sowohl des Staatsgutes als auch der Produktionsgenossenschaft und mithin eine völlige Neustrukturierung nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der ihr nachgelagerten Bereiche. Eine so grundsätzliche Neuorientierung erfordert, zumal wenn sie wie hier mit einer überdimensionalen Konzentration im Produktionsbereich verbunden ist, hohe Investitionen, die der betreffende Wirtschaftsbereich allein nicht aufbringen kann. 10 Mrd. Mark fließen jährlich an staatlichen Hilfen in die Landwirtschaft der DDR, das ist ebensoviel wie die Produktionsleistung dieses Zweiges. Hervorzuheben ist schließlich, daß auch in diesem Zusammenhang wieder die These untermauert wird, nach der in der DDR zu keiner Zeit die Herrschaft der zentralen Lenkungsinstanz in Frage gestellt war und werden soll.

Eberhard Schinke, Gießen